

# Massentests starten in zwei Wochen: Mehr als 3500 Helfer, 570 Teststraßen

Von 11. bis 14. Dezember in Oberösterreich – Teststraßen nicht in jeder Gemeinde

LINZ. Oberösterreich steht vor einer „Mammutaufgabe“. So bezeichnete Landesfeuerwehrkommandant Robert Mayer am Donnerstag die Corona-Massentests. „Viele sind sehr bemüht.“ Die Feuerwehr stehe bereit, bei Organisation, Logistik und Abwicklung in den Gemeinden zu helfen.

Um 13 Uhr hatte ein Online-Arbeitstreffen von Land, Städte- und Gemeindebund, Polizei, Bundesheer und Freiwilligen-Organisationen wie Rotes Kreuz und Feuerwehr stattgefunden.

Ergebnis: Die Massentests für die oberösterreichische Bevölkerung finden nicht nur am 12./13. Dezember statt, wie am Mittwoch kommuniziert. Der Zeitraum wird aus Kapazitätsgründen ausgeweitet. Starten sollen die Massentests am Freitag, 11. Dezember, dauern sollen sie bis Montag, 14. Dezember. Für diese vier Tage werden rund 570 Teststraßen quer über alle Bezirke installiert. Gemeinsam mit Bezirksverwaltungsbehörden, Städten und Gemeinden sollen „bestehende Örtlichkeiten“ gesucht werden, die sich für die Einrichtung einer Station eignen, hieß es vom Land. Wahrscheinlich

werde es nicht in jeder Gemeinde eine Teststraße geben.

Er appelliere an alle Oberösterreicher, sich testen zu lassen, sagte Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP): „So können wir die Infektionszahlen vor Weihnachten in den Griff bekommen. Es ist uns bewusst, dass es eine enorme Herausforderung ist.“ Er bitte um Verständnis, sollte es zu kleinen Wartezeiten kommen.

Alleine aus dem medizinischen Bereich werden landesweit rund 1700 Mitarbeiter gebraucht, um

die Abnahmen durchzuführen – von Sanitätern über das Bundesheer bis zu Freiwilligen. Man werde auch Allgemeinmediziner und pensionierte Pflegekräfte um Unterstützung bitten, sagte der Linzer Bürgermeister Klaus Luger (SP). Weitere 1800 Helfer braucht es für die Verwaltung – insgesamt also 3500. Da sind Ordnerdienste, Parkplätze, Nachschub und Versorgung noch nicht eingerechnet.

Anders als in Nachbarländern werden die getesteten Personen gleich bei der Teststation über ihr

Ergebnis und das weitere Vorgehen informiert. Für die Anmeldung zu den Tests soll es laut dem Land eine „digitale Lösung des Bundes“ geben.

## Warten auf das Anmelde-System

„Da wird mir angst und bang“, sagte Luger angesichts der knappen Zeit. Bis 30. November solle laut Bund das neue Anmelde-System da sein und dann in Österreich ausgerollt werden. Luger kündigte an, dass man zur Sicherheit eine Oberösterreich-Lösung als Plan B in der Schublade habe. Dieses Anmelde-System wäre aber nicht mit dem Epidemiologischen Meldesystem kompatibel.

Stelzer, Luger und Gemeindebund-Präsident Johann Hingsamer (VP) arbeiten dieser Tage sehr eng zusammen. Luger kritisiert die Bundesregierung – sie schaffe an und unterstütze nicht.

Wie berichtet, finden die eigenen Massentests für Pädagogen schon am 5./6. Dezember statt, jene für Polizisten am 7./8. Dezember. Die Bezirksbehörden haben Test-Orte für die Lehrer vorgeschlagen, das Bundesheer, das diese Tests organisiert, prüft. (az)

## KOSTEN, QUARANTÄNE, ZUGANG FÜR SENIOREN

Bei den Massentests im Dezember werden Antigen-Schnelltests eingesetzt. Sieben Millionen davon wurden auf Bundesebene um 50 Millionen Euro bestellt.

Wer positiv ist, wird in Quarantäne abgesondert. Kurz darauf soll laut Gesundheitsministerium ein noch treffsicherer PCR-Test gemacht werden. Bei einem negativen PCR-Testergebnis endet die Quarantäne wieder. Wird das

Schnelltest-Ergebnis bestätigt, läuft die Quarantäne weiter.

Der Zugang zu den Massentests werde für Senioren ohne Internet möglich sein, betonte VP-Seniorenbund-Präsidentin Ingrid Korošec. Auch telefonische Anmeldung werde möglich sein. Der SP-Pensionistenverband hatte gewarnt, dass Menschen ohne Computer oder Smartphone ausgeschlossen werden könnten.

# In der Debatte um ÖBB-Einhausung pocht Leonding auf neues Gutachten

Stadtpolitik sieht sich in ihrer Position gestärkt – Entscheidung fällt aber in Wien

VON JULIA POPOVSKY

LEONDING. Rückschläge mussten die Leondinger in ihrem seit mehr als einem Jahrzehnt andauernden Kampf um eine Tieferlegung und Einhausung beim geplanten viergleisigen ÖBB-Westbahnausbau schon einige einstecken. Jetzt aber rechnet sich die Stadtpolitik gute Chancen aus, mit ihrem Wunsch in Wien doch noch Gehör zu finden. Und zwar dank eines Rechtsgutachtens, das ihre Verhandlungsposition stützt.

Die Vorgeschichte ist bekannt: Leonding forderte von Beginn an eine Tieferlegung und Einhausung ein, eine Einigung mit den ÖBB konnte aber nicht erzielt werden. Diese reichten das Projekt 2017 ohne die Änderungswünsche der Gemeinde zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ein. Gegen den erteilten positiven UVP-Bescheid legte u. a. auch Leonding Berufung

beim Bundesverwaltungsgericht ein. Allerdings ohne Erfolg, weshalb die Causa nun beim Verfassungsgerichtshof liegt. Zuvor stand immer wieder zur Diskussion, dass eine Tieferlegung und Einhausung mittels Aufsatzprojekt nachträglich noch eingereicht werden könne – allerdings nur mit Mehrkosten und Zeitverzögerung.

Zuletzt sei die Position der ÖBB aber so gewesen, dass mit dem positiven UVP-Bescheid keine weitere Änderung mehr möglich sei, sagt die Leondinger Bürgermeisterin Sabine Naderer-Jelinek (SP). Das widerlegt nun das von der Stadt beauftragte Gutachten, das zu dem Schluss kommt, dass eine Einhausung und Tieferlegung im laufenden Detailgenehmigungsverfahren zur UVP sehr wohl noch möglich wäre (mehr dazu rechts).

Damit werde deutlich, „dass es eine politische und keine rechtliche Frage ist, ob die Änderungen



„Das Gutachten widerlegt, dass eine Einhausung und Tieferlegung rechtlich nicht mehr möglich ist.“

▀ Sabine Naderer-Jelinek, Bürgermeisterin von Leonding

kommen“, so Naderer-Jelinek. Das Gutachten liegt nun im Verkehrs- und Infrastrukturministerium von Leonore Gewessler (Grüne), ebenso wie bei den Klubobleuten im Nationalrat. Dieser hat sich im Sommer (wie berichtet) bereits mit der Causa beschäftigt und das Ministerium ersucht, die Leondinger Forderungen zu prüfen und das Projekt gegebenenfalls in den Rahmenplan der ÖBB Infrastruktur AG aufzunehmen. Vom Ministerium gab es aber eine Abfuhr.

Ohne Aufnahme in den ÖBB-Rahmenplan könne die Einhausung und Tieferlegung aber nicht in den Detailplanungen berücksichtigt werden, sagt Naderer-Jelinek. Sie hofft darauf, dass die Ministerin den neuen Handlungsspielraum für eine Entscheidung zugunsten von Leonding nutzt. „Die Fakten sind einfach andere.“

Nicht nur wegen des Rechtsgutachtens, sondern auch wegen einer Stellungnahme der Stadt zu der Ministeriums begründung. Denn während das Ministerium von Kosten in Höhe von 150 Millionen Euro für die Änderungen spricht, geht die Stadt davon aus, dass dafür nur 85 Millionen Euro benötigt werden. Uneinig ist man sich auch über die Zeitverzögerung, die durch eine neue Detailplanung entstehen würde. Das Ministerium spricht von mindestens fünf Jahren, für Naderer-Jelinek sind „ein bis zwei“ realistisch.